

# Ein Jahr EU-Türkei-Deal

Luise Amtsberg,  
MdB Bündnis 90/Die Grünen

*Kein Land in Sicht für Geflüchtete!*

*Der EU-Türkei-Deal ist seit nun genau einem Jahr, nämlich seit dem 20. März 2016, in Kraft. Um mehr über die tatsächlichen Folgen aber auch die Lebenssituation von geflüchteten Menschen in der Türkei zu erfahren, bin ich nach Ankara, Istanbul und an die türkisch-bulgarische Grenze gereist.*

Das Kernstück des Pakts ist die sogenannte „Eins-zu-eins“-Regelung. Das heißt einerseits, dass syrische Flüchtlinge, die aus der Türkei in Griechenland ankommen, in die Türkei zurückgeschickt werden. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen dafür in gleicher Zahl syrische Flüchtlinge direkt aus der Türkei aufnehmen. Im Gegenzug haben die EU-Mitgliedsstaaten der Türkei finanzielle Hilfe in Höhe von bis zu 3 Mrd. Euro sowie ursprünglich die eigentlich schon lange versprochene aber bisher nicht umgesetzte Visaliberalisierung und eine Wiederbelebung des EU-Beitrittsprozesses zugesagt.

Mehr als 2,8 Mio. registrierte syrische Flüchtlinge leben inzwischen in der Türkei – die Hälfte von ihnen sind Kinder und Jugendliche. 190.000 syrische Flüchtlingskinder sind in den vergangenen Jahren in der Türkei geboren worden. Die Türkei ist damit das größte Aufnahmeland für Flüchtlinge weltweit. Nur rund ein Zehntel der geflüchteten Syrer lebt in einem der 23 Camps. Die restlichen Schutzsuchenden werden auf insgesamt 81 türkische Provinzen aufgeteilt. Die überwiegende Mehrheit lebt in Städten, v. a. in Istanbul, wo sich derzeit 440.000 registrierte Flüchtlinge aufhalten. Die tatsächliche Zahl syrischer Schutzsuchender in der Türkei dürfte jedoch deutlich höher sein: Da mit der Registrierung als Flüchtling eine Residenzpflicht einhergeht und das Verlassen des Aufenthaltsorts somit sanktioniert wird, verzichten viele Geflüchtete auf die offizielle Registrierung.

## **Prekäre Lebensumstände und fehlende Perspektiven**

Die Umstände, in denen ein Großteil der geflüchteten Menschen ausharren muss, sind vielerorts prekär. Überall fehlt

es an tatsächlichen Perspektiven für die Zukunft. Über 400.000 syrische Kinder werden bisher noch nicht beschult. In Sachen Versorgung und Betreuung fehlt es an allen Ecken und Enden. Auch wenn seitens der türkischen Politik mittlerweile die Erkenntnis, dass diese Menschen integriert werden müssen, Einzug gehalten hat, mangelt es noch immer an Bildungsangeboten, gesundheitlicher Versorgung, sozialer Absicherung und entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen. Zu Beginn des vergangenen Jahres hat die Türkei zwar den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge formal geöffnet, der Zugang zum legalen Arbeitsmarkt mit Arbeitserlaubnis muss aber von einem potenziellen Arbeitgeber selbst beantragt werden. Dies darf nicht durch arbeitssuchende Flüchtlinge geschehen. Ein ohnehin angespannter Arbeitsmarkt und fehlender Rechtsschutz gegenüber den Arbeitgebern führen zu einem Anstieg der illegalen Beschäftigung und ausbeuterischen Verhältnissen.

Für die rund 340.000 nicht-syrischen Flüchtlinge (vornehmlich aus dem Irak, Afghanistan, Somalia und dem Iran) stellt sich die Lage noch dramatischer dar, da Menschen aus diesen Herkunftsländern keinen oder nur beschränkt Zugang zu den Unterstützungsprogrammen haben. Ihnen bleibt nur die Möglichkeit, sich auf das „Resettlement“-Programm des UNHCR zu bewerben, in der Hoffnung, irgendwann in ein Drittland übersiedeln zu können.

## **Von Aufnahme- zur Abschiebepolitik**

Mit der EU-Türkei-Vereinbarung hat sich der ursprüngliche Charakter vieler Aufnahme- und Registrierzentren komplett verändert: Unter Zustimmung der euro-



Zwei Frauen in Bamyan.

päischen Union wurden die Zentren zu Rückführungszentren ausgebaut. Derzeit gibt es 19 Rückführungszentren mit einer Kapazität von knapp 6.800 Menschen, die nach Aussage der türkischen Migrationsverwaltung aber derzeit auf insgesamt 32 Einrichtungen mit einer Kapazität von insgesamt 17.250 Menschen ausgebaut werden. Ich habe das neu errichtete Zentrum in Kırklareli an der türkisch-bulgarischen Grenze besucht. Mit einer Kapazität für über 700 Personen ist es speziell für nicht-syrische Flüchtlinge, die im Rahmen der EU-Türkei-Vereinbarung aus Griechenland zurückgeführt wurden oder illegal die Grenze zur Türkei passiert haben, errichtet worden.

In kleinen Fünferzimmern, die die betroffenen Personen nur wenige Minuten am Tag verlassen dürfen, müssen viele Menschen wochenlang ohne rechtliche Beratung oder eine adäquate psychologische und ärztliche Betreuung ausharren. Im Gespräch mit betroffenen Frauen habe ich eine Afghanin kennengelernt, die bereits seit vier Monaten in dieser Einrichtung festgehalten wurde. Besonders belastend ist der Umstand, dass in dem Zentrum auch Familien mit Kindern untergebracht werden. Zu Recht appelliert Refugee Rights Turkey v. a. an die türkischen Behörden, Haft nur als ultima ratio anzuwenden und fordert die internationalen Akteure auf, sich an der Erarbeitung von

alternativen Modellen zur Vermeidung von Haft in der Türkei zu beteiligen.

### **Solidarität im Fadenkreuz**

Auch die innenpolitisch extrem angespannte Lage wirkt sich nachteilig auf das Leben geflüchteter Menschen aus. Der Korruption auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt wird kaum oder gar nicht begegnet. Viele NGOs haben große Sorge, mit ihrem Einsatz für geflüchtete Menschen in Konflikt mit dem türkischen Staat zu geraten und ihre Wirkungserlaubnis zu verlieren. Die kritische Zivilgesellschaft, die sich beispielsweise gegen die wochen- und monatelange Inhaftierung von Geflüchteten einsetzt, wird schrittweise zermürbt. Schüsse auf Schutzsuchende an der syrischen Grenze, wie wir es von Amnesty International glaubwürdig dokumentiert bekommen haben, müssen uns alarmieren.

Auch wenn mir völlig klar ist, dass für die Versorgung und den Schutz von Flüchtlingen die Türkei eine zentrale Rolle spielt, ist diese EU-Türkei-Vereinbarung – das haben mir auch meine Erkenntnisse vor Ort deutlich gezeigt – völlig fehlgeleitet. Die Bundesregierung muss aufhören, den Deal als Erfolg zu verkaufen oder schlimmer noch als Blaupause für Abschottungs-Deals mit zum Teil diktatorischen Staaten zu benutzen.

Hunderttausende nicht beschulter Kinder, zerrissene Familien, extreme Armut und Perspektivlosigkeit, sowie eine instabile politische Lage in der Türkei dürfen uns nicht kalt lassen und zwingen uns zum Umdenken. Es braucht mehr finanzielle Unterstützung durch die EU an die NGOs und UN-Organisationen, die in der Türkei arbeiten. Grundfalsch ist die Haltung der Bundesregierung, dass eine Vereinbarung mit der Türkei von der Verantwortung, Griechenland zu unterstützen, entbindet. Es ist ein Armutszeugnis, dass die Bundesregierung wieder nach Griechenland zurückführen will und sich nicht mehr für das beschlossene Umverteilungsprogramm der EU einsetzt. Wir müssen deutlich mehr Menschen aus der Türkei in die Europäische Union umverteilen. Hierfür braucht es den UNHCR und eine größere Bereitschaft für die Umverteilung durch das Resettlementprogramm der Vereinten Nationen.

Die Große Koalition aber sollte v. a. die von ihr durchgesetzte Beschränkung beim Familiennachzug für subsidiär Geschützte rückgängig machen. Damit würde man einen der wichtigsten legalen und sicheren Wege in die EU öffnen und vielen Familien eine Perspektive in Sicherheit bieten.